Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt: Realschulstr. 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Anholt: W. Wolfing. — Dingden: Willy Schmitz. — Hamminkeln: H. Hengstermann. — Isselburg: Johann Welling. — Rhede: J. Heinrichs. — Ringenberg: Schniedertöns. — Spork: J. Krabbe. — Werth: Th. Parras. — Weseke: Hindenburgstraße 69.

Im 64. Jahrgang.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.95, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Text-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 342 | Montag, den 11. Dezember 1933 | Jahrgang 1933

Verschärfung des Aufstandes in Spanien.

Verhängung des Alarmzustandes.

Madrid, 10. Dezember.

Gestern wurden nur spärliche Meldungen über die Aufstandsbewegung der Extremisten von der Regierung ausgegeben, wenigstens gaben sie kein klares Bild von der Lage. Der spanische Kriegsminister empfing Samstag nachmittag in Madrid die Presse und erklärte, auf Grund telephonischer Besprechungen mit den verschiedenen Divisionskommandanten könne er versichern, daß sich bei den Truppen bisher nichts Anormales zeige. Jedenfalls seien alle Vorkehrungen getroffen worden, um die Munitionsdepots und Wagenparks zu sichern. Die Regierung sei vollständig Herrin der Lage. Wohl auf Grund dieser Auskunft hieß es dann in französischen Blättern, daß der Aufstand als niedergeschlagen betrachtet werden könne. Das traf vielleicht für die größeren Städte zu, wo zahlreiche Truppen und Polizeikräfte eingesetzt werden konnten. Dagegen dauerten während des Samstags in den kleineren Orten Kataloniens, in verschiedenen Dörfern der Provinz Huesca und Logrono sowie in Teruel, wo überall nur schwache Polizeiposten stehen, die Kämpfe den ganzen Tag über an. In der Provinz Caceres stürmten zahlreiche Gruppen von Landarbeiterfrauen mehrere Gutshöfe, auf denen sie Zerstörungen anrichteten und das Vieh wegtrieben. Nach einer Havasmeldung aus Vittoria

haben im Dorfe Labastida die Extremisten die Gewalt an sich gerissen, sämtliche Waffen beschlagnahmt, das Rathaus besetzt und auf ihm die rote Fahne gehißt. Zwischen den Aufständischen und der Polizei kam es zu einem Feuergefecht.

Aus Vittoria gingen Verstärkungen zur Bekämpfung des Aufstandes ab, worauf die Aufständischen sich in das nahe Gebirge zurückzogen. Aus Vittoria sind ferner zwei Kavallerieschwadronen nach Logrono entsandt worden. Bei Jaen raubten sozialistische Arbeiter auf mehreren Landgütern die Olivenernte. In Saragossa konnte die Ruhe erst vor wenigen Stunden wiederhergestellt werden. Dort hatten die Extremisten im Laufe des Tages noch ein Kloster angezündet. Sämtliche Gast- und Vergnügungsstätten sind geschlossen. In dieser Stadt waren zwei weitere Todesopfer zu verzeichnen. Von Barcelona aus wurden zwei Bataillone Infanterie und ein Kavallerieregiment nach Figueras entsandt zur endgültigen Niederwerfung der Extremistenherrschaft. Fast in sämtlichen Orten, wo die Extremisten den Aufstand versucht hatten, sind die Licht-, Telephon- und Telegraphenleitungen zerstört worden. In Madrid herrschte Ruhe. Die Rechtspresse forderte aber die sofortige Wiedereinführung der Todesstrafe. Angesichts der Ereignisse dieses angeblich ruhigen Samstags beschloß die Regierung in einem außerordentlichen Ministerrat,

den Alarmzustand über ganz Spanien zu verhängen. Der Alarmzustand geht dem Belagerungszustand voraus und gleicht ihm in vieler Hinsicht mit der einzigen Ausnahme, daß die Gewalt vorerst in den Händen der zivilen Behörden bleibt.

Die verfassungsmäßigen Garantien sind aufgehoben, die Pressezensur ist verhängt worden.

Kirchen und Klöster in Brand gesteckt.

Ein neuer Eisenbahnanschlag.

Von Samstag auf Sonntag verschärfte sich die Lage außerordentlich. Trotz der außerordentlich umfangreichen Vorsichtsmaßnahmen der Regierung flammte die anarchosyndikalistische Aufstandsbewegung in der Nacht zum Sonntag mit erneuter Heftigkeit auf. In Madrid, wo bisher nichts vorgefallen war, explodierten 11 Bomben. Wie durch ein Wunder haben diese verbrecherischen Akte keine Menschenleben gefordert. Der Sachschaden ist groß. In Barcelona dauerte die Schießerei in den Vororten die ganze Nacht über an. In der Stadt selbst explodierten vier Bomben, von denen zwei Personen getötet und zahlreiche verwundet wurden; außerdem traten die Bäcker in den Streik, so daß die Brotversorgung vom Militär übernommen werden mußte.

15 Klm. von Valencia entfernt wurde der Expreßzug Valencia—Sevilla durch Sprengung einer Brücke zum Entgleisen gebracht. Der Zug stürzte in die Tiefe. Bis jetzt sind neun Tote, 11 Schwerverletzte und 27 Leichtverletzte geborgen. In Granada legten die Extremisten an sechs Kirchen und Klöstern Feuer, die zum großen Teil niederbrannten. Eine Oesterreicherin wurde mit schweren Brandwunden aus einem der in Flammen stehenden Beichtstühle der Klosterkirche im letzten Augenblick in Sicherheit gebracht. Die Wasserleitungen sind zerstört.

In Saragossa versuchten die Anarchisten das Zivilgouvernement zu stürmen, wobei es sechs Tote gab. Die Truppen wurden von den Dächern beschossen. Die Schießerei dauert im größten Teil der Stadt weiter an. In Bilbao und Sevilla, wo zunächst noch Ruhe herrscht, sind die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Das Militär hält mit Maschinengewehren und Panzerautos die wichtigsten Plätze besetzt. Insgesamt dürften bisher 40 Tote und 200 Verwundete zu beklagen sein.

Die Forderungen der Revolutionäre.

Neue Nachrichten über den Aufstandsversuch besagen, daß dessen Leitung in den Händen der syndikalistischen Gewerkschaften (CNT) und der Vereinigung der Iberischen Anarchisten (FAI) liegt, die in der vergangenen Nacht

durch Flugblätter zum bewaffneten Aufstand gegen den Staat aufgerufen hätten. Der Staat sei mit Waffengewalt zu zerschlagen.

Es gebe künftig keine Autorität mehr, und das Privateigentum habe zu bestehen aufgehört. Arbeiterausschüsse hätten dafür zu sorgen, daß der Produktionsprozeß nicht unterbrochen würde. Die Arbeiterschaft solle sich in den Häusern der Reichen häuslich einrichten, während der Landbesitz sofort von den revolutionären Gemeindekomitees zu beschlagnahmen sei. Die Ausschüsse in den einzelnen Stadtvierteln hätten die Verteilung der Nahrungsmittel zu überwachen. Die Banken seien von Revolutionären zu besetzen, um dem arbeitenden Volk das Kapital sicherzustellen. Die neue Fahne sei schwarzrot, unter ihr müsse die Freiheit erkämpft werden. Der Madrider Korrespondent des Pariser „Temps" kündigt für Anfang kommender Woche den Rücktritt der jetzigen Regierung und die Bildung eines radikalen Minderheitskabinetts Lerroux an, in das der Demokrat Melquiades Alvarez und vielleicht auch zwei Mitglieder der katalanischen Liga eintreten könnten. Diesem Kabinett werde eine längere Lebensdauer vorausgesagt.

Meuterei in einer Garnison

Das Innenministerium gibt bekannt, daß ein Teil der Garnison von Villanueva de la Beserina (Provinz Badajoz) meutert. Aus Badajoz sind Truppen zur Unterdrückung der aufständischen Bewegung abgegangen. Die Zivilgarde von Villanueva hatte die Aufständischen aufgefordert, sich zu ergeben, aber diese eröffneten das Feuer. Zwei Gendarmen wurden getötet.



Maschinengewehrposten in Madrid.

Der Hetzfeldzug ehemaliger deutscher Marxisten.

Aufforderung zur Verschärfung des Boykotts.

CNB Saarbrücken, 10. Dezember.

Die „Saarbrücker Zeitung" veröffentlicht einen ihr übermittelten Bericht, der die gegenüber Deutschland von ehemaligen Marxisten entfesselte Hetze in ihrer ganzen Niedertracht enthüllt. Es handelt sich um eine Niederschrift über die Ausschuß-Sitzung der Ersten Internationalen Sozialistenkonferenz über deutsche Fragen in Paris vom 21. bis 24. August 1933. Das Referat erstattete in dieser Sitzung Wels. Er führte u. a. aus:

„Unsere Organisation ist in Deutschland in vollem Aufbau begriffen. Unsere leitenden Funktionäre sind alle mit neutralen Pässen versehen. Und wenn auch einige tausend einmal abgefangen werden, so steht doch fest, daß wöchentlich der „Vorwärts" mindestens eine Auflage von ca. einer Million im Kleinformat nach Deutschland sendet.

Allen Berichten zufolge werden die SPD-Schriften begeistert empfangen und weitergegeben. Demgegenüber macht sich schon jetzt unter den NSDAP-Anhängern die Unzufriedenheit breit." Für den Winter sei mit einer großen Teuerung und Unruhen, sowie mit einem großen Anschwellen des Arbeitslosenheeres zu rechnen. Hier müßten die Maßnahmen der Internationalen einsetzen. Hierbei müßten die Genossen im Auslande helfen. „Um die Situation in Deutschland verschärfen zu helfen, muß der Boykott ganz streng durchgeführt werden. Alle Zeitungen, die uns zur Verfügung stehen, müssen täglich Meldungen über die Greuel der Konzentrationslager berichten.

Wesentlich ist es, auf die Regierungen einzuwirken, daß man Deutschland außenpolitisch soviel Schwierigkeiten wie möglich macht." Zusammenfassend könne gesagt werden, daß für die Nazi-Regierung sich innen- und außenpolitisch die Lage katastrophal zuspitze und der Zusammenbruch im Winter zu erwarten sei.

Nächster Redner war Breitscheid. Er schloß sich den Ausführungen von Wels an und betonte, daß der Boykott viel schärfer durchgeführt werden müsse. Es müsse zur Transportsperre kommen. Höltermann äußerte, nach der Diktatur Hitlers könne nur die Diktatur der Arbeiterklasse folgen. Der Anfang sei gemacht. Formationen seien im ganzen Reich in Fünfergruppen ohne Unterschied der ehemaligen Parteizugehörigkeit unter neuen Führern, die früher nicht hervorgetreten sind, neu gebildet.

Ein ernstes Kapitel sei die Frage der Bewaffnung. Die SPD müsse auch in der Lage sein, im Ernstfalle nicht nur deutsche Formationen über die Grenze zu werfen, sondern es müsse möglich sein, auch die Arbeiterschaft der Grenzländer zu bewaffnen und über die Grenze zu werfen.

In der Konferenz wurden dann u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: Die Internationale verhängt den Boykott über sämtliche deutschen Erzeugnisse. Der Reichstagsbrandprozeß soll dazu benutzt werden, eine umfassende Propaganda gegen Deutschland zu entfesseln. Die Transportsperre soll sofort von den Landeszentralen vorbereitet werden. Die Zweite Internationale erkennt an, daß zur Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse der bewaffnete Aufstand unbedingt gefördert und organisiert werden müsse. Die Durchführung der vorbereitenden Maßnahmen wird in die Hände von Höltermann, Wels, überhaupt der deutschen Partei, gelegt. Schließlich wurde die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß man

sich der ausländischen Riesensender, die bis weit in Deutschland auch durch den Volksempfänger gehört werden, bedienen müsse. Es habe sich in Brüssel ein Ausschuß gebildet, der Verhandlungen mit den in Frage kommenden Regierungen und Rundfunkgesellschaften eingeleitet habe.

Für die Aufgabe der Erfassung der deutschen Hörerschaft kämen allerdings nur wenige Großsender in Frage, die ihre Sendungen ganz oder teilweise in deutscher Sprache senden. Dies seien die Sender Oesterreichs, die schweizerischen Landessender, die Sendestellen Prag, Hilversum, Luxemburg und Straßburg. Außerdem sei man aber an die englischen, russischen, belgischen und polnischen Regierungen und Sendestellen mit entsprechenden Anträgen herangetreten. Bereits abgelehnt hätten Belgien und Moskau, das nur kommunistische Propaganda mache. Frankreich, England und die Schweiz lehnten es ab, offizielle Verhandlungen zu führen. Es bestehe aber noch die Möglichkeit, etwas durch Verhandlungen mit den in Frage kommen-

Der Reichsnährstand.

Erste Verordnung über Aufbau und Aufgaben.

:: Berlin, 9. Dezember.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft R. Walter Darré hat soeben auf Grund des Reichsnährstandgesetzes vom 13. September 1933 die erste Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes erlassen.

Danach ist der Reichsnährstand die Vertretung der deutschen Bauernschaft und der deutschen Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Landhandels (Groß- und Kleinhandel) und der Berarbeiter und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Der Reichsnährstand ist eine Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts. Er hat bis zur anderweitigen Regelung durch den Reichsbauernführer seinen Sitz in Berlin.

Die Aufgaben.

Nach der Verordnung hat der Reichsnährstand die Aufgabe, seine Angehörigen in Verantwortung für Volk und Reich zu einer lebenskräftigen Stütze für den Aufbau, die Erhaltung und die Kräftigung des deutschen Volkes zusammenzuschließen. Er hat insbesondere die Aufgabe, das deutsche Bauerntum und die Landwirtschaft, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Landhandel sowie die Bearbeiter und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu fördern, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten zwischen seinen Angehörigen zu regeln, zwischen den Bestrebungen der von ihm umschlossenen Kräfte einen dem Gemeinwohl dienenden Ausgleich herbeizuführen und die Behörden bei allen den Reichsnährstand betreffenden Fragen zu unterstützen. Der Reichsnährstand hat die Verpflichtung, über die Standesehre seiner Angehörigen zu wachen.

Wer gehört zum Reichsnährstand?

Der Reichsnährstand umfaßt alle, die im Deutschen Reich als Eigentümer, Eigenbesitzer, Eigenberechtigte, Nutznießer, Verpächter oder Pächter bäuerlicher oder landwirtschaftlicher Betriebe oder als Familienangehörige, Angestellte oder Beamte in der Landwirtschaft nicht nur vorübergehend tätig sind, ferner frühere Eigentümer und Nutznießer landwirtschaftlicher Grundstücke, welche an diese noch bestimmte Ansprüche haben. Ferner gehören zum Reichsnährstand die landwirtschaftlichen Genossenschaften einschließlich ihrer Zusammenschlüsse und sonstiger Einrichtungen und alle natürlichen und juristischen Personen, die im Deutschen Reich den Landhandel (Groß- und Kleinhandel) oder die Bearbeitung oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreiben. Die Zugehörigkeit im einzelnen regelt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Die Landwirtschaft im Sinne dieser Verordnung umfaßt nicht nur die eigentliche Landwirtschaft, sondern auch Forstwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, Fischerei in den Binnen- und Küstengewässern, die Imkerei und die Jagd.

An die Stelle des Deutschen Landwirtschaftsrats, der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer und der öffentlich-rechtlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen (Landwirtschaftskammer, Bauernkammern) tritt als deren Rechtsnachfolger der Reichsnährstand.

Zur Vereinfachung des Aufbaus und der Verwaltung des Reichsnährstands können Vereine, Vereinigungen und Verbände ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform, welche die wirtschaftspolitische, geistige Förderung sowie die Wahrung der Belange der Landwirtschaft oder der Angehörigen des Reichsnährstandes zum Zweck haben, durch Anordnung des Reichsbauernführers in den Reichsnährstand eingegliedert werden. Ueber das Verfahren zu dieser Eingliederung trifft die Verordnung im einzelnen nähere Bestimmungen.

Die Organisation.

Der Reichsbauernführer ist der Führer und gesetzliche Vertreter des Reichsnährstandes. Er wird vom Reichskanzler ernannt. Der Reichsbauernführer ordnet die innere Gliederung des Reichsnährstandes. Er kann seine Befugnisse auf nachgeordnete Stellen übertragen.

Der Reichsnährstand gliedert sich örtlich in Landesbauernschaften, Kreisbauernschaften und nach Bedarf in Ortsbauernschaften. Führer der Landesbauernschaft ist der Landesbauernführer, Führer der Kreisbauernschaft der Kreisbauernführer, Führer der Ortsbauernschaft der Ortsbauernführer. Der Reichsnährstand erhebt von seinen Mitgliedern Beiträge, die der Reichsbauernführer mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft festlegt. Die Beiträge werden wie öffentliche Abgaben von den Finanzämtern eingezogen und ohne Abzug an den Reichsnährstand abgeführt.

Die Staatsaufsicht über den Reichsnährstand führt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

den Rundfunkgesellschaften zu erreichen. Mit den Sendeleitungen Straßburg, Hilversum, Luxemburg sei man auf gutem Wege, Verträge abzuschließen. Die österreichische Regierung habe bisher nicht geantwortet. Die polnischen und tschechischen Sender verbreiten schon heute alle ihnen auf geeignetem Wege zugestellten Nachrichten.

*

Die „Saarbrücker Zeitung" schreibt hierzu: Wels, Breitscheid, Höltermann, das also sind die Leute, die sich ob ihres „tragischen Loses" vom Ausland bemitleiden lassen und die von der Presse des Auslandes monatelang als die Helden gefeiert wurden! Treffender als in diesem Dokument kann ihr von keinem Bedenken gehemmter Haß und die ganze Ehrlosigkeit ihrer Gesinnung nicht charakterisiert werden. Sie haben, wie der Bericht zeigt, mit allen Mitteln versucht, das Ausland zum Eingreifen aufzustacheln. Sie wollen die Parlamente mobil machen, damit sie sich gegen eine Aufrüstung Deutschlands wenden. Sie benutzen jedes Mittel, um das neue Deutschland vor der Welt zu diskreditieren und zu schädigen. Das also, die Wels, Breitscheid und Höltermann, sind die Ehrenmänner, die für das „wahre Deutschtum" kämpfen. Um wieviel verständlicher könnten angesichts dieser Handlungsweise die kümmerlichen Fälschungen des „Petit Parisien" erscheinen, dessen „Dokumente" auf solche obskuren Quellen zurückgehen. Wir hegen die bestimmte Erwartung, daß sich auf Grund dieser Fälschung auch jenseits der Grenzen alle nationalgesinnten Ausländer von diesen internationalen Piraten abwenden, denn hier zeigt sich, zu welch dunklen Geschäften sie das „Asyl der Demokratie" mißbrauchen. Es sind nicht nur von tödlichem Haß erfüllte Volksfeinde, sondern Friedensstörer, die gewissenlos genug sind, ein 60-Millionenvolk in Unheil stürzen zu wollen, um ihren Rachedurst befriedigen zu können.

Ein Schulbeispiel der Lügenhetze.

TU **Stockholm**, 9. Dezember.

Die Stockholmer Abendzeitung „Allehanda" bringt heute abend in großer Aufmachung ein Telephongespräch mit General Ludendorff. Kommunistische Zeitungen in Schweden hatten nämlich eine Meldung angeblich der Impreß-Agentur übernommen (diese Behauptung war übrigens von Wiener Blättern aufgestellt worden), daß General Ludendorff ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert und sein Vermögen beschlagnahmt worden sei. Die Zeitung setzte sich von Stockholm aus telephonisch mit General Ludendorff in München in Verbindung, der die Nachricht als vollkommen aus der Luft gegriffene Lüge bezeichnete. Er sei niemals der Freiheit beraubt gewesen, und eine Verwechslung mit einem anderen Träger des Namens Ludendorff käme gleichfalls nicht in Frage. General Ludendorff erklärte auf Befragen, daß es ihm gesundheitlich gut ginge. „Allehanda" überschreibt die Meldung „Die internationale Lügenkampagne gegen Deutschland" und bezeichnet die Nachricht mit Recht als ein Schulbeispiel dafür, auf welche Weise tendenziöse Lügenmeldungen in der Welt verbreitet würden.

Die Gottlosenzentrale jetzt in Straßburg.

TU **Basel**, 10. Dezember.

Vor einigen Monaten hatte sich die Internationale Kommunistische Gottlosenzentrale in Basel niedergelassen und versorgte von hier aus die Welt mit Propagandamaterial. Da ihre Tätigkeit von verschiedenen amtlichen Schweizer Stellen beanstandet wurde, hat die Organisation nunmehr ihren Sitz nach Straßburg verlegt.

Zweckoptimismus des treuesten Vasalls Frankreichs.

TU **Preßburg**, 9. Dez.

Auf seiner Reise durch die Slowakei gab Minister Dr. Benesch dem „Slovensky Dennik" ein Interview, worin er u. a. ausführte: „Den heutigen Völkerbundspakt zu ändern, scheint mir praktisch fast unmöglich, am Ende überhaupt ganz unmöglich. Mit Rücksicht darauf, daß die Einmütigkeit aller Völkerbundsmitglieder notwendig ist, sehe ich nicht, wie eine solche Einmütigkeit über Aenderungen erzielt werden könnte. Wenn die Frage einer Aenderung ernstlich gestellt würde, so könnte das bedeuten, daß der bisherige Völkerbund verschwindet. Aber auch das ist einfach unmöglich, weil dadurch die Interessen aller Staaten berührt sind, denn die ganze Nachkriegspolitik von Europa ist so eng durch rechtliche und vertragliche Verbindlichkeiten verknüpft, die den Völkerbundspakt als Unterlage haben, daß durch Aenderungen auch alle diese in die hundert gehenden Verträge in ihren Grundlagen berührt würden. Dadurch würde die größte Anarchie im internationalen Leben hervorgerufen, die man sich überhaupt vorstellen könnte. Darum glaube ich nicht, daß es möglich ist, an etwas derartiges zu denken, und insbesondere nicht, daß sich Aenderungen des Völkerbundspaktes verwirklichen lassen."

Das Ansehen der Kleinen Entente sinkt.

TU **Budapest**, 10. Dez.

Graf Bethlen ist am Sonntag von seiner Londoner Reise zurückgekehrt. Pressevertretern gegenüber erklärte er, das Ansehen der Kleinen Entente sei im Sinken begriffen; da sie jedoch auch heute noch über Machtmittel verfüge, ständen noch langwierige Kämpfe bevor. Jetzt müsse um die Gewinnung der französischen Oeffentlichkeit für die Revision gekämpft werden. Er sei bereit, die Rolle Apponyis als Vertreter Ungarns beim Völkerbund zu übernehmen.

Unterstaatssekretär Suvich nach Berlin abgereist.

WTB **Rom**, 10. Dezember.

Der Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium, Suvich, ist heute abend zu dem angekündigten Besuch nach Berlin abgereist, wo er am Dienstag vormittag eintrifft. Zur Verabschiedung war der deutsche Botschafter mit den Mitgliedern der deutschen Gesandtschaft und mehreren hohen Beamten des italienischen Auswärtigen Amtes auf dem Bahnhof erschienen.

Neue Wirtschaftsgesinnung.

Herz und Verstand.

Jena, 9. Dezember.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hielt heute auf der Tagung des Reichsverbandes des Versicherungsaußendienstes eine Rede in der er zunächst seine untrennbare Verbundenheit mit dem Versicherungswesen, dem er bis zu seiner Berufung als Reichswirtschaftsminister seine Lebensarbeit gewidmet habe, zum Ausdruck brachte. Es sei nicht die schlechteste Vorbereitung gewesen, in der praktischen Wirtschaft gestanden und dort von der Pike auf in zwei Jahrzehnten gearbeitet zu haben. Der nationalsozialistische Staat sei zu dem Leistungs- und Führerprinzip gekommen, zu dem großen Suchen nach dem deutschen Menschen. Das gelte nicht nur für die Politik, sondern ebenso für das Wirtschaftsleben.

Das große Problem der nationalsozialistischen Wirtschaft sei nicht eine neue Konstruktion des Wirtschaftsgebäudes, sondern die Schaffung und Erneuerung des wirtschaftenden Menschen. Dazu würden charaktervolle Männer gebraucht, die den großen Sinn der heutigen Zeit innerlich erfaßt hätten. Weniger auf die Mitgliedskarte, sondern auf das Herz komme es an. Diese Männer müßten aber auch aus der praktischen Schule des Wirtschaftslebens zum Führer herangereift sein, denn nur die Verbindung von Herz und Verstand lasse eine glückliche Lösung wirtschaftlicher Aufgaben erwarten. Wenn das Versicherungswesen für die Sicherstellung der großen geistigen Gemeinschaft sorge und aus ihr heraus den verantwortungsfrohen und verantwortungsbewußten Menschen entwickele, werde es leicht sein, die hohe Aufgabe des deutschen Versicherungswesens im Sinne der Nation zu lösen; dann werde auch die Durchführung des berufsständischen Aufbaues keine Schwierigkeiten machen und vor allen Dingen nicht dazu benutzt werden, um lediglich einseitige materielle Gesichtspunkte in den Vordergrund zu schieben.

Gegen jede Preiserhöhung.

Köln, 9. Dezember.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hat sich soeben wieder in sehr bemerkenswerter Weise mit dem Problem der Preispolitik beschäftigt und dabei Preiserhöhungen abermals aufs schärfste zurückgewiesen.

Der Minister führte in einem Interview, das er dem „Westdeutschen Beobachter" gewährte, u. a. folgendes aus: Die große wirtschaftliche Aufgabe des neuen Reiches war die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen. Nicht nur, um diese Menschen aus ihrem materiellen Elend herauszubringen und aus ihrer seelischen Not zu helfen, sondern weil der Ausfall der Konsumkraft dieses großen Bruchteils der deutschen Bevölkerung mit die Hauptursache der Fortdauer der Wirtschaftskrise ist. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob die Beschäftigungslosigkeit so vieler Menschen erst die Folge anderer Krisenursachen gewesen ist. Heute liegt bei ihr der Angelpunkt für die innerwirtschaftliche praktische Lösung. Durch tatkräftige Maßnahmen, vor allen Dingen großzügige Arbeitsbeschaffungspläne ist ein erster Angriff erfolgreich gewesen. Der Erfolg ist aber kein ausschlaggebender, sondern nur ein Anfang, und zwar deshalb, weil die Zahl der Arbeitslosen immer noch sehr groß ist, und vor allen Dingen, weil ihre Beschäftigung in weitem Ausmaße nicht aus der Wirtschaft selbst heraus, sondern auf Grund öffentlicher Aufträge zustande gekommen ist. Es wäre nichts gefährlicher, als sich über das Ausmaß eines erzielten Erfolges Illusionen hinzugeben.

Wir müssen deshalb die Aufgaben des nächsten Abschnittes mit der gleichen Begeisterung und Energie anfassen. Ich sehe sie darin, daß wir die im ersten Kampfabschnitt erzeugte zusätzliche Konsumkraft benützen, um nunmehr die natürliche Belebung unseres Wirtschaftslebens zu fördern und mehr und mehr von künstlichen Aufträgen unabhängig zu machen. Dies wird uns erleichtert durch die sich noch längere Zeit auswirkenden öffentlichen Arbeitsbeschaffungspläne. Entscheidend beeinflußt wird sie von dem Glauben an die bessere Zukunft, den unser Volk politisch in unvergleichlichem Maße am 12. November gezeigt hat, und der auch wirtschaftlich immer mehr vertieft werden muß.

Dabei ist es Sache des Reichswirtschaftsministeriums, alle Störungen auf das entschiedenste zu unterdrücken, insbesondere soweit sie sich gegen die Hebung der Konsumkraft richten. Daraus ergab sich für uns das Vorgehen gegen Preiserhöhungen.

Ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß Preiserhöhungen Lohnerhöhungen zur Folge haben müssen, und daß wir beides jetzt nicht brauchen können. Vor allem anderen müssen die Arbeitslosen in den Wirtschaftsgang eingeschaltet werden. Es ist dabei gleichgültig, ob die beabsichtigte Preiserhöhung an sich berechtigt war oder nicht. Es sind im Laufe der Krise, und zwar als Reinigungsprozeß, Lohn- und Preisniveau so unter Druck gekommen, daß unter der verschärften Konkurrenz heute sicherlich vielfach das Preisniveau unter den Gestehungskosten liegt, und daß eine Korrektur wünschenswert wäre. Aber das kann nicht jetzt — und nicht gleichzeitig auf der ganzen Linie sein. Die in Frage kommenden Wirtschaftszweige müssen, nachdem sie solange mit unbefriedigenden Verhältnissen sich abfinden mußten, auch nunmehr damit zufrieden sein, schrittweise und allmählich vorwärts zu kommen, wobei die Steigerung des Konsums, weithin vermehrte Produktion, in erster Linie helfen muß, die Wirtschaftlichkeit wieder herzustellen.

Auf die Frage, ob eine Bankreform in absehbarer Zeit zu erwarten sei, antwortete der Minister zurückhaltend.

Er bedauerte die Zentralisierung, deren Nachteile in jeder Beziehung er anerkannte und bemerkte, daß eine Rückentwicklung zu begrüßen sei. Jedoch müsse man das Ergebnis der Bankenenquete abwarten. Jedenfalls sei für ihn maßgebend, immer den Weg zu finden, der der Wirtschaft praktisch am meisten nütze.

Zusammenfassend erklärte der Minister: Wir sind aus der resignierten Stagnation heraus. Der Markt ist in Bewegung gekommen. Die Richtung geht nach oben. Das Vertrauen wächst. Am zuversichtlichsten macht mich die Gewißheit, daß die heutige Regierung durch nichts gehindert werden kann, unbeirrt diesen Weg weiter zu gehen, und was wir seitens unseres Volkes brauchen, das ist Vertrauen und Disziplin. Wir können nicht von jedem einzelnen verlangen, daß er die Zusammenhänge der Dinge sieht und erkennt, aber wir können von jedem im heutigen Staate verlangen, daß er im Vertrauen auf die Regierung das tut, was wir von ihm erwarten, und daß er dies ganz besonders dann tut, wenn ihm irgendein Amt oder Einfluß anvertraut ist.

Ein Erfolg der französischen Regierung in der Kammer.

Annahme der Sonderabgabe von den Beamtengehältern.

() **Paris**, 10. Dezember.

Die Kammer setzte gestern vormittag die Beratung über die Finanzsanierungsvorlage fort. Zur Debatte stand der Artikel 6 über die Sonderabgabe von den Beamtengehältern, also eine Frage, die bereits vielen voraufgegangenen Regierungen gefährlich geworden ist. Der erste Paragraph von Artikel 6, der bestimmt, daß sämtliche Festbesoldeten, darunter die Beamten, auf Gehälter von 12000 Francs ab eine Sonderabgabe zu leisten haben, wurde nach Stellung der Vertrauensfrage durch Ministerpräsident Chautemps von der Kammer mit 403 gegen 63 Stimmen angenommen. In einer Rede, die großen Eindruck machte, führte Ministerpräsident Chautemps aus, daß es sich nicht nur um Artikel 6, sondern auch um das Schicksal der Regierung handle. Die ablehnenden und zögernden Elemente müßten sich fragen, welche Folgen für die öffentlichen Finanzen eine neue Krise haben würde. Außerdem müßten sich die Befürworter einer Regierung der nationalen Einigung klar machen, daß sie durch ihren Angriff gegen die jetzige Regierung deren Anhänger vor den Kopf stoßen würden. Die Frage laute, ob man nicht von den Ereignissen überholt werden würde, ob sich des Landes bei einer neuen Krise nicht eine große Unruhe bemächtigen würde und ob die internationale Spekulation nicht wieder in die Erscheinung treten werde, so daß alle Maßnahmen, eine nationale Einigung zu schaffen, zu spät kommen würden, da inzwischen die Katastrophe eingetreten sein könnte. Immerhin gebe es über alle Parteistreitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten hinweg wesentliche Pflichten: die Sicherung der Ruhe im Innern und die Wahrung des sozialen Friedens, um die auswärtige Sicherheit des Landes zu garantieren und die öffentlichen Finanzen zu retten. Vor der Abstimmung entspann sich ein lebhaftes Rededuell zwischen Ministerpräsident Chautemps, der von Edouard Herriot unterstützt wurde, und dem Führer der Rechtsopposition André Tardieu, der der Kartellpolitik den Prozeß zu machen versuchte. Er warf dem Ministerpräsidenten vor, nicht eine Politik der nationalen Einigung, sondern eine linksorientierte Politik zu betreiben. Man treibe — so erklärte er — keine Deflationspolitik mit einer inflationistisch eingestellten Mehrheit. Man treibe auch keine auswärtige Allianzpolitik mit einer internationalistischen Mehrheit. Tardieu warf dem Kabinett vor, daß es sich auf den reinen Parteistandpunkt stelle und kündigte an, daß es mit der unentwegten Opposition seiner politischen Freunde zu rechnen habe.

Die Kammer setzte am heutigen Sonntag die Beratungen fort, nachdem sich der Finanzausschuß eingehend mit Artikel 12 befaßt und ihn in Uebereinstimmung mit der Regierung in seinen wesentlichen Punkten abgeändert hatte. Dieser Artikel sieht bekanntlich die Rückgängigmachung einer Reihe früher gewährter Steuererleichterungen vor. Es wurde beschlossen, von der Erhöhung der Zuckersteuer abzusehen. Die Verkehrssteuer für Automobile wird abgeschafft und dafür eine Brennstoffsteuer von 50 Centime je Liter eingeführt. Der Ausschuß beschloß ferner, die nicht in Frankreich wohnenden ausländischen Arbeiter mit 10 v. H., und die in Frankreich wohnenden mit 5 v. H. zu besteuern.

Die Eingliederung des Evangelischen Jugendwerks in die HJ vor dem Abschluß.

:: **Berlin**, 9. Dezbr.

Der Reichsbischof und der Reichsjugendführer geben folgendes bekannt:

Die Verhandlungen über die Eingliederung des Evangelischen Jugendwerkes in die Hitler-Jugend stehen vor dem Abschluß. Um dem Ergebnis dieser Verhandlungen nicht vorzugreifen und der hier und dort eingetretenen Beunruhigung entgegenzutreten, wird nunmehr sämtlichen unterstellten Organisationen und deren Gliederungen untersagt, irgendwelche Vereinbarungen zu schließen oder sonstige selbständige Maßnahmen zu treffen.

Bedeutsame Tagung im Braunen Haus in München.

w **München**, 9. Dezember.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Im Braunen Haus fand heute vormittag eine bedeutsame Sitzung statt, die der Stellvertreter des Führers einberufen hatte. Es waren anwesend die Reichsleiter der Partei, die Amtsleiter der PO und andere führende Männer der Bewegung. In der Debatte wurden dem Stellvertreter des Führers die schwebenden Fragen der Parteiorganisation in aller Ausführlichkeit vorgetragen, und es wurde besonders betont, daß ein enger Zusammenhang zwischen dem einzelnen Parteigenossen und der Reichsleitung gewährleistet ist. In Sonderheit wurde in den Berichten der alten Parteigenossen gedacht, die in unveränderter Treue, Hingabe und Opferbereitschaft auf ihrem Posten im Reiche stehen. Auf diesen Parteigenossen, in denen der Führer seine stärkste Stütze im deutschen Volk hat, ruht die große Organisation der NSDAP: das war das wesentlichste stimmungsmäßige Ergebnis der Tagung.

Unruhiger Sonntag in Wien.

tu **Wien**, 10. Dezember.

Wien hat einen sehr unruhigen Sonntag verlebt. Abgesehen von mehreren Papierböllerexplosionen kam es in der Nähe des Westbahnhofs und im Arbeiterbezirk Favoriten zu größeren Kundgebungen und Zusammenstößen mit der Wache, bei denen angeblich eine Person schwer verletzt wurde.

Die öffentlichen Gebäude standen unter Wachschutz. Die Universität war von einer Schwadron berittener Wache umgeben, da die Studenten dort angeblich anläßlich der Freilassung von Kommilitonen aus dem Konzentrationslager Wöllersdorf eine Kundgebung planten. — Auch die Ringstraße wurde zeitweise von berittener Wache abgeriegelt.

Großfeuer auf dem Rittergut Düppel.

Berlin, 9. Dezember.

Samstag früh gegen 3,30 Uhr brach auf dem in der Nähe von Zehlendorf gelegenen Rittergut Düppel Großfeuer aus. Das Gut, das früher dem Prinzen Friedrich Karl gehörte, und heute dem Turnierreiter Major Brückner als Tattersall dient, steht mit allen Gebäuden in hellen Flammen. Von der Feuerwehr wurde zehnter Alarm gegeben.

Der Brand war um 6,15 Uhr eingekreist. Das Holzgebäude der Reitbahn, das eine Fläche von 1000 Quadratmetern bedeckt, ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Der Dachstuhl eines Stallgebäudes steht noch in Flammen, doch ist ein weiteres Umsichgreifen des Feuers nicht mehr zu befürchten. An der Brandstelle sind neun Züge der Berliner Feuerwehr tätig. Ein Feuerwehrmann erlitt bei den Löscharbeiten durch einen Unfall eine Gehirnerschütterung und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Das Rittergut Düppel liegt mehrere hundert Meter südlich der Potsdamer Chaussee in Zehlendorf. Außer mehreren Stall- und Wirtschaftsgebäuden befinden sich auch Wohnhäuser auf dem rechteckigen Gehöft. In einem der Pferdeställe waren für diesen Winter etwa 100 Reitpferde untergebracht, die bei der Deutschen Reitschule zum größten Teil von ihren Besitzern in Pflege gegeben waren. Alle Pferde konnten von dem Personal des Ritterguts rechtzeitig ins Freie gebracht werden. Der Pferdestall wurde in etwa halber Ausdehnung ein Raub der Flammen. Die Reithalle wurde durch den riesigen Brand völlig dem Erdboden gleichgemacht.

Englisches Landhaus in Flammen.

Ein Herzog und ein Fliegerhauptmann ums Leben gekommen.

◈ **London**, 9. Dezember.

Bei einem großen Brandunglück in Whitchurch (Hampshire) kam der 23jährige Herzog de la Tremville ums Leben. Der englische Fliegerhauptmann Rodney wurde ebenfalls ein Opfer des Brandes. Das Feuer brach in den frühen Morgenstunden des Samstag im Dachgeschoß des Landhauses von James MacCormick, einem Mitglied der bekannten Chicagoer Millionärsfamilie, in Whitchurch aus, wo der Herzog de la Tremville zu Gast war. Nach kurzer Zeit stand das ganze Haus in Flammen. Dem Dienstmädchen, einer Deutschen, gelang es, an einem Wasserrohr herunterzuklettern. Hauptmann Rodney und seine Frau sprangen aus einem Fenster aus 10 Meter Höhe in die Tiefe. Der Hauptmann wurde so schwer verletzt, daß er später im Krankenhaus starb. Seine Frau erlitt einen Wirbelsäulenbruch und schwebt in Lebensgefahr. Die Leiche des Herzogs de la Tremville wurde nach dem Brande unter den Trümmern des Hauses gefunden. Er war wahrscheinlich bei dem Versuch, sich zu retten, von den Brandgasen überwältigt worden.

Der Reichsbankausweis für die erste Dezemberwoche.

tu **Berlin**, 9. Dez. Die Rückflüsse in der ersten Dezemberwoche waren bei der Reichsbank, wie allerdings im Monat Dezember nicht anders zu erwarten war, mit 100,5 Millionen verhältnismäßig gering. Obwohl keine besonderen Zinsbereitstellungen in der vergangenen Woche zu verzeichnen waren, ist ein Rückgang des Deckungsmaterials um fünf Millionen RM. eingetreten. Der Goldbestand ging um 7,6 Millionen zurück, während der Bestand an deckungsfähigen Devisen um 2,6 Millionen stieg. Das Deckungsverhältnis hat gegenüber 11,5 v. H. am Ultimo nur eine ganz geringe Verbesserung auf 11,7 erfahren. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf bewegt sich jetzt mit 5,772 Millionen ungefähr auf der Höhe des Vorjahres (5488 Millionen).

Die Diplomaten arbeiten mit Hochdruck.

Die Londoner Besprechungen.

TU **Paris**, 9. Dez.

Die Londoner Besprechungen werden hier sehr aufmerksam verfolgt. Die Verschiebung der Rückkehr des englischen Botschafters Lord Tyrrell nach Paris, die erst 24 Stunden später als vorgesehen erfolgte, führte man hier darauf zurück, daß die englische Regierung ihre Informationen noch ergänzen möchte, ehe sie in irgend einer Form Stellung nimmt. Man unterstreicht in diesem Zusammenhang die bevorstehende Reise des Generalsekretärs des Völkerbundes nach London, der nützliche Aufklärungen über die Haltung Italiens geben soll. Man spricht ferner von einer Unterredung des französischen Botschafters in Berlin mit dem Reichsaußenminister. Der radikalsozialistische „Notre Temps" meint in diesem Zusammenhang, daß zwischen der Auffassung des Führers, die dieser dem französischen Botschafter dargelegt habe, und der These, die Frankreich während der letzten Pariser Besprechungen vertreten habe, keine unüberbrückbaren Gegensätze bestünden. So bedeutsam die Unterschiede zwischen diesen beiden Thesen auf den ersten Blick auch erscheinen, so würden sie doch erst als unüberbrückbar bezeichnet werden können, wenn die Reichsregierung über ihre Forderungen jede Diskussion ablehne. Die nächsten Besprechungen würden deshalb darin bestehen, den Reichskanzler um Aufklärung darüber zu bitten, ob er zu einem Kompromiß bereit sei oder seine Forderungen ultimativen Charakter trügen. Der „Temps" ist hingegen gegensätzlicher Auffassung und erklärt, daß Frankreich bis an die äußerste Grenze der Zugeständnisse gegangen sei und auf diesem Wege keinen Schritt mehr unternehmen könne, wenn es nicht als Gegenleistung eine solidarische Bürgschaft für seine Sicherheit von allen europäischen Völkern und im Rahmen des Völkerbundes erhalte. Die Tatsache, daß sich die Londoner Regierung verpflichtet fühle, noch einmal Einzelheiten über die Forderung des Reichskanzlers zu erbitten, lasse darauf schließen, daß England möglicherweise bereit sei, diese grundsätzlich anzuerkennen. Wenn England für die Zukunft keine neuen Verpflichtungen übernehmen würde, so sei es selbstverständlich, daß Frankreich und die anderen Länder, die einem Angriff ausgesetzt seien (2!), keines der Rechte aufgeben würden, die ihnen aus den Verträgen zustünden, und in keinem Fall und in keiner Form „einer sofortigen Aufrüstung Deutschlands zustimmen würden".

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, erklärte nach seiner heutigen Besprechung mit Außenminister Paul-Boncour: „Die gestrigen Ausführungen Paul-Boncours schaffen eine klare Lage. Ich kann mich auf sie bei meinen Londoner Besprechungen beziehen. Ich werde zu den Gerüchten über eine Reform des Völkerbundes Stellung nehmen." Avenol wurde auch vom Generalsekretär des Quai d'Orsay, Léger, empfangen. Dann fuhr er nach London.